



**AgEcon** SEARCH  
RESEARCH IN AGRICULTURAL & APPLIED ECONOMICS

*The World's Largest Open Access Agricultural & Applied Economics Digital Library*

**This document is discoverable and free to researchers across the globe due to the work of AgEcon Search.**

**Help ensure our sustainability.**

Give to AgEcon Search

AgEcon Search

<http://ageconsearch.umn.edu>

[aesearch@umn.edu](mailto:aesearch@umn.edu)

*Papers downloaded from **AgEcon Search** may be used for non-commercial purposes and personal study only. No other use, including posting to another Internet site, is permitted without permission from the copyright owner (not AgEcon Search), or as allowed under the provisions of Fair Use, U.S. Copyright Act, Title 17 U.S.C.*

---

Berninger, M.: Umwelt- und Produktqualität im Agrarbereich. In: Hagedorn, K., Nagel, U.J., Odening, M.: Umwelt- und Produktqualität im Agrarbereich. Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e.V., Band 40, Münster-Hiltrup: Landwirtschaftsverlag (2005), S. 3-13.

---



## UMWELT- UND PRODUKTQUALITÄT IM AGRARBEREICH

*Matthias Berninger\**

Herr Professor Froberg, meine sehr verehrten Damen und Herren, fast bin ich versucht zu sagen, man solle Juniorprofessuren berufen, solange es sie noch gibt, weil die Diskussion, die es hier um den Fortbestand eines für uns sehr wichtigen Fachbereichs gab, die ganze Reformdiskussion an den Hochschulen dreht sich ja zur Zeit um eine ganze Reihe von Grundsatzfragen, auch das Thema der Juniorprofessur ist da eines, das eine große Rolle spielt und ich bin doch einigermaßen hoffnungsfroh, dass trotz des Verfassungsurteils dieses Institut der Juniorprofessur, das die Bundesregierung für sinnvoll hält, bestand hat, auch wenn ich den einen oder anderen schon mit den Säbeln rasseln höre, der versucht, was die Personalbesetzung an den Hochschulen angeht, das Rad der Zeit wieder zurück zu drehen.

Bevor ich Staatssekretär im Verbraucherministerium wurde, war ich für zwei Themen zuständig: das eine ist die Haushaltspolitik und das andere, Sie werden es mir nachsehen, ist die Hochschulpolitik, und von daher diese Bemerkung.

Was die Finanzsituation an den Hochschulen angeht, so glaube ich, werden wir uns international umsehen, ohnehin noch eine sehr spannende Debatte auch um die Kostenbeteiligung der Studierenden vor uns haben in den nächsten Jahren. Ich kann jedenfalls, was den europäischen Kontinent angeht, nicht erkennen, dass wir gut beraten sind, in der hochschulpolitischen Debatte auszublenden wie sehr wir im internationalen Vergleich abgehängt werden, es gab ja von der Universität in Shanghai gerade eine globale Untersuchung des Potenzials der Hochschulen, und die schlechte Nachricht ist, dass kontinentaleuropäische Hochschulen zumindest unter den ersten dreißig nicht mal mit einer Lupe gefunden werden können.

Nach diesen Vorbemerkungen aber doch nun das Hauptthema.

Wenn man das Programm, das diese Tagung bis Mittwoch umfasst, einmal genauer verfolgt, dann sind da im Grunde nahezu alle Stichworte, die die agrarpolitische Debatte im Moment beeinflussen, enthalten: es ist das Thema Gentechnik, sehr ausführlich das Thema ökologischer Landbau, es sind Ausführungen zum Thema der Osterweiterung enthalten, zum Thema Entkopplung, es gibt eine ganze Reihe von Anmerkungen, wie sich wohl die Welthandelsrunde entwickeln wird. Insofern ist es für mich auch ein leichtes, ein paar dieser Themen zu streifen und damit so etwas wie einen Rahmen für diese Veranstaltung zu geben.

Ganz grundsätzlich sind wir von Seiten des Verbraucherministeriums sehr froh darüber, dass vieles von dem, was Renate Künast im Februar 2001 auf dem Höhepunkt der BSE-Krise an politischen Vorstellungen entwickelt hat, nun umgesetzt wird. Ich kann mich gut erinnern, dass die Forderung, etwa Grünland aufzuwerten in der Art der Unterstützung der Landwirtschaft, oder aber die Forderung, hinzugehen und zu sagen wir müssen weg davon, dass die Subventionen in die Richtung gehen, dass sie unabhängig davon, was die Märkte sagen, Produktionsanreize liefern; dass die Forderung, dem Ökolandbau deutlich mehr Raum zu geben, hier schon stärker zu beachten, dass diese Forderungen eigentlich nicht mehr nur in einer Regierungserklärung drinstehen, sondern sich in dem Prozess der Weiterentwicklung der Agrarpolitik hier einiges bewegt hat.

Es ist so, dass wir einen Kabinettsbeschluss gefasst haben zur Neuordnung der europäischen Agrarpolitik und dort erstmals das Thema der Entkopplung eine größere Rolle gespielt hat, dass dieses Thema dann auf der Ebene vieler Verbände und der öffentlichen Kritik so abge-

---

\* Parlamentarischer Staatssekretär Matthias Berninger, Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Wilhelmstr. 54, 10117 Berlin.

handelt wurde, dass man gesagt hat, naja gut, das mag Renate Künast so sehen, jene Dame aus der Stadt, jene Stadtgöre, die keine Ahnung von der Landwirtschaftspolitik hat, aber spätestens in Brüssel wird sie mit ihren Vorstellungen scheitern.

Nachdem der nun scheidende Agrarkommissar Fischler dann sehr viele Vorstellungen der Neuordnung der Agrarpolitik übernommen hat, klang es aus dem gleichen, sehr stark verbändegeprägten Lager: naja gut, mag ja sein, dass auch Franz Fischler diese Position nun übernimmt, aber unterm Strich sind wir doch davon überzeugt, dass das spätestens am vermeintlich heimlichen Verbündeten traditioneller Landwirtschaft, nämlich dem französischen Präsidenten Chirac, scheitern wird. Und dann kam es zu den Luxemburger Beschlüssen. Und diese Luxemburger Beschlüsse markieren so etwas wie einen Wendepunkt in der europäischen Agrardiskussion, einen Wendepunkt deshalb, weil einige Prinzipien grundlegend verändert worden sind.

Ich fange mal mit etwas Banalem an. Wer als Landwirt so wie er wirtschaftet etwa gegen einschlägiges Umweltrecht verstößt, musste bisher zumindest nicht in Gänze um seine Subventionen fürchten. Das ist, mit dem schönen Fremdwort „Cross Compliance“ übersetzt, in Zukunft anders. In Zukunft gibt es eine direkte Bindung zwischen den europäischen Zahlungen auf der einen Seite und der Einhaltung der einschlägigen Normen auf der anderen Seite. Ich halte das für einen ganz bedeutsamen Fortschritt, es ist zwar im Grunde nur eine ganze Kleinigkeit, und manche würden sagen eine Selbstverständlichkeit, weil wir hier, wenn man mal genau hinguckt, ein hochinteressantes ökonomisches Instrument zur Einhaltung von Umweltstandards vor uns haben. Bisher ist es ja so gewesen, dass Umweltstandards häufig sehr stark mit dem Bürokratieargument bekämpft worden sind, dass man gesagt hat, es lohnt sich für die Landwirtschaft anders als für das Handwerk oder die Industrie nicht, Umweltaudits im gleichen Maße einzuführen. Viele, die daran gearbeitet haben, auch aus der wissenschaftlichen Szene der vergangenen Jahre, werden ein Lied davon singen können, dass sie es sehr schwer hatten, künftig haben Betriebsinhaber ein sehr massives ökonomisches Interesse, dass ihnen nicht, zumindest nicht dauerhaft, nachgewiesen wird, sie würden gegen einschlägige Normen und Standards verstoßen, und da kann natürlich das ganze Thema der Zertifizierung, etwa im Umweltbereich, sehr gut helfen, dass genau solche potenziellen Gefahren für die Zahlungen aus Brüssel nicht auf die Betriebe hinzukommen.

Zu Cross Compliance noch eine zweite Bemerkung. Wir diskutieren zurzeit mit dem Bundesrat über die Frage, was denn eigentlich die Mindeststandards dafür sein sollen, dass man Subventionen künftig bekommt. Da werden also Verordnungen zwischen den verschiedenen Ausschüssen des Bundesrats und den Ministerien der Länder und des Bundes hin- und hergeschickt, und es wird intensiv überlegt, und ich glaube, dass zwei Dinge bei dieser Umsetzung sehr wichtig sein werden. Das eine ist, und das ist selbstverständlich, dass wir überall dort, wo wir eins zu eins europäische Standards vorfinden, diese Standards auch in den Verordnungen wiederfinden und sie nicht damit anfangen, von deutscher Seite aus höhere Standards zugrunde zu legen, etwa mit der Folge, dass dann konkurrierende Landwirte in anderen europäischen Ländern mit weit niedrigeren Anforderungen entsprechend wirtschaften können. Anders formuliert: dass wir nicht etwaige Zahlungen an die Landwirte in ungebührender Weise gefährden. Das zweite wichtige ist aber: was sind die Standards, die nicht so klar in den europäischen Verordnungen formuliert sind, was sind die Mindeststandards, die man erfüllen muss, etwa um an die entkoppelten Prämien zu kommen. Und da passiert etwas, was ich für nicht ungefährlich halte. Zum Beispiel die Bayerische Staatsregierung, die lange Zeit gesagt hat, diese ganze Reform, die da von Brüssel herkommt, macht aus unseren Milchbauern Mulchbauern, und die sich dagegen gewehrt hat, dass man relativ einfache Standards zugrunde gelegt hat, hat eine Kehrtwende vollzogen und fordert nun, die, wie ich finde, schon sehr zurückhaltende Herangehensweise der Bundesregierung noch weiter aufzuweichen.

Ich will Ihnen sagen, welche Gefahr ich darin sehe, nämlich die Gefahr, dass in Zeiten von tiefgreifenden Sozialreformen, das Stichwort dafür heißt ja immer Hartz IV, plötzlich die Landwirtschaft an sich unter Druck gerät, und dass im Laufe der nächsten Jahre, wenn es um die Frage geht, ob denn die Hälfte des Etats der Europäischen Union tatsächlich für Landwirtschaft und ländlichen Raum mobilisiert werden sollte, oder aber beispielsweise für das Thema Forschung und Entwicklung oder andere Elemente der Lissabon-Strategie freigeräumt werden sollte, dass dann zu geringe Standards dazu beitragen werden, die Position der Landwirte zu schwächen. Ich sage das deshalb, weil einige, die im Bundesrat hier versuchen, Löcher gleichsam in einen Schweizer Käse in diese Verordnung hinein zu bohren, sich dann auch mit diesen Forderungen auseinandersetzen müssen, dass es zu einfach ist, um an bestimmte Subventionen zu kommen, und wenn es denn schon so einfach ist, doch allemal gerechtfertigt erscheint, diese schneller und tiefgreifender zu kürzen, als das ohnehin absehbar wäre. Dennoch wird Cross Compliance einen neuen ökonomischen Anreiz dafür liefern, Umweltstandards, Qualitätssicherungsstandards in der Landwirtschaft zu beachten, und das halte ich für einen deutlichen Fortschritt.

Es klang schon das zweite große Stichwort an, das der Entkopplung. Meine Damen und Herren, für mich ist das einer der ganz großen Erfolge, dass es uns gelungen ist, diese Entkopplung durchzusetzen, das heißt Schluss zu machen damit, dass man auf der einen Seite Produktionsanreize in der Art der Subventionierung der Landwirtschaft schafft und auf der anderen Seite sich dann aber überlegen muss, wie man mit den Überschüssen umzugehen hat. Wir hätten ohne diese tiefgreifende Reform zum Beispiel im Roggenbereich ein sehr, sehr großes Problem, und ich habe es mir nicht erklären können, kann es aber auch vielen anderen nicht erklären, warum es denn sinnvoll ist, einmal den Anbau bestimmter Produkte zu subventionieren, dann über einen staatlich garantierten Mindestpreis den Markt abzusichern, schließlich die Überschüsse aufzukaufen und dann ein viertes Mal Steuergeld in die Hand zu nehmen und diese Überschüsse überall in die Welt hin zu exportieren. In ein paar Jahren wird man über dieses System schmunzeln, man sollte sich aber auch unter dem agrarökonomischen Blickwinkel darüber im klaren sein, dass bis zu dem Zeitpunkt Februar 2001 diese Form der Agrarpolitik so etwas wie der heilige Gral war, und die Agrarpolitik peinlichst darauf bedacht war, genau an diesem System der garantierten Preise, der Intervention und der staatlich flankierten Überschussbeseitigung nicht zu rütteln, selbst die McSharry-Reform hat ja im Jahr 1991 gerade einmal den Anfang gemacht, und die Widerstände dagegen, weiß ich zumindest aus den Berichten der älteren Mitarbeiter meines Hauses, waren ja nicht einmal klein.

Nun meine Damen und Herren, die Entkopplung wird dazu führen, dass in vielen Bereichen marktwirtschaftliche Entscheidungen stärker in die landwirtschaftliche Produktion hineinkommen, als das in der Vergangenheit der Fall war, und es wird Bereiche geben, von denen bin ich überzeugt, die werden ihre Überschussproduktion deutlich zurückfahren. Es wird die gesamte an der Agrarwirtschaft dranhängende Ernährungswirtschaft unter erheblichen Druck setzen. Ich las letzte Woche in einem Artikel, dass die Fleischwirtschaft sich plötzlich beschwert, also argumentiert, wir können für unsere Würste im Einzelhandel nicht genug Geld machen. Auf der anderen Seite fangen nun plötzlich aufgrund von Rohstoffengpässen, die mit der Osterweiterung der Europäischen Union zusammenhängen, die Landwirte an, die Preise für das Fleisch zu erhöhen. Und die Politik wird gebeten, etwas zu tun, um diesen Markt wieder in Ordnung zu bringen. Nun glaube ich, dass das einer von vielen Vorboten der künftigen Konflikte sein wird. Der ganze Agrarbereich wird weniger planbar sein. Auf der anderen Seite glaube ich, dass die Landwirte in vielen Bereichen eine Chance haben werden, ihrerseits, wenn sie sich marktnah in ihrer Produktion verhalten, auch entsprechende Märkte zu erschließen.

Dass Umwelt und Qualität dabei eine wichtige Rolle spielen, dazu werde ich noch einige Bemerkungen machen, weil ich davon überzeugt bin, dass wir mit unseren spezifischen Standortbedingungen in Deutschland als Unternehmen besondere Chancen haben, wenn wir dem Umwelt- und Qualitätsaspekt entsprechend auch besondere Aufmerksamkeit widmen.

Aber noch einmal zurück: Wir haben eine Reihe von Strukturen, wo wir nach wie vor nicht die Form von Entkopplung haben, die nötig ist, aber wo sich eine Zeitenwende abzeichnet. Ich nehme das Beispiel der Milch. Die Milch ist ja nach wie vor das wichtigste Produkt für die deutsche Landwirtschaft, und hier gibt es ja ein langes Klagen über die aktuelle Preisentwicklung der Landwirte, das ich insoweit für berechtigt halte, dass man fest sagen kann, dass die sehr niedrigen Preise, die im Milchbereich heute erzielt werden können, auf Dauer das Überleben der Milchwirtschaft gefährden werden. Aber die Struktur, die dahinter liegt, ist eine, über die wir uns schon unterhalten müssen.

Da haben wir eine Struktur, die jahrelang den Landwirten hohe garantierte Mindestpreise offeriert hat, die der Milchwirtschaft signalisiert hat: sucht euch keine marktgängigen Produkte, überschüssige Milch kann in Gestalt von Milchpulver steuerlich subventioniert exportiert werden, überschüssiges Fett werden wir in Gestalt der Bäckerbutter unter die Leute bringen. Mit anderen Worten, man hat die berühmten Butterberge ersetzt durch eine subventionierte Bäckerbutter, die wir als Hüftringe jetzt in Gestalt der Subventionsbeseitigung um uns herumtragen. Ob das der richtige und vernünftige Weg ist, auch da habe ich meine Zweifel, aber das Entscheidende ist doch, dass der Milchmarkt vor allem deshalb große Probleme hat, weil wir auch hier eine Situation haben, dass in der Vergangenheit an den aktuellen Marktbedingungen vorbei produziert worden ist. Eine Konsequenz, die daraus dann immer gezogen wird, ist die, dass wir halt nicht in der Lage sein werden, wirtschaftlich zu produzieren, wenn dieses System der Stützung in Zukunft entfällt. Ich halte das für einigermaßen fantasielos. Ich glaube, dass Käse ein hochinteressantes Produkt sein könnte, das auch im Molkereibereich wieder stärker an Bedeutung gewinnen kann. Ich glaube, dass Europa, insbesondere auch die Bundesrepublik, kein schlechter Standort für eine qualitätsbasierte Milchproduktion ist, und wer immer sagt, Neuseeland ist der große Konkurrent, dem sei doch auch gesagt, dass Neuseeland ein relativ kleines Inselchen ist, das soviel Milch nun auch wieder nicht produzieren kann, um die Nachfrage in der Welt abzusichern. Das heißt, dass wir mit unseren Produkten sowohl in der Auswahl als auch in der Qualität der Produkte, im Wissen, dass wir keinen schlechten Standort in Mitteleuropa haben, versuchen sollten, neue Märkte zu erschließen.

Zum Beispiel eine der 300 Städte, die in China weit über eine Million Einwohner haben, wo sich das Ernährungsverhalten der Chinesen in einem atemberaubenden Tempo ändert, zum Beispiel die ehemalige Sowjetunion mit den vielen Teilrepubliken, und das passiert ja in gravierendem und starkem Maße, die zur Europäischen Union am 1. Mai hinzugekommenen Staaten zum Beispiel. Wir werden allerdings unseren Standortvorteil nur dann auch in neue Märkte hineinbringen können, wenn uns eine Verständigung darüber gelingt, worin er eigentlich besteht, das heißt, welche Form der landwirtschaftlichen Organisation ist für den Milchviehbetrieb der Zukunft die richtige, wenn es uns gelingt, über die Kostenfrage einen sehr klaren Austausch zu finden, und wenn es uns gelingt, die Qualitätsfrage auch entsprechend nach vorne zu rücken. Nun glaube ich, dass gerade im Milchbereich die Verbindung des Themas Milch mit dem Thema Grünland unter ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten eine ganz vernünftige Sache ist.

Also, Entkopplung ist etwas, über das wir uns sehr freuen. Nun ist im Sommer etwas Hochinteressantes passiert, in Genf nämlich kam es zu einer ersten Einigung. Ich sage immer „ersten Einigung“, weil bis man sich endgültig geeinigt hat, das wird noch dauern, im Rahmen der Welthandelsrunde. Die WTO, ebenfalls ein Thema ihrer Tagung, hat sich im Agrarbereich geeinigt, und das Hochinteressante für Europa war, wir mussten nicht, sozusagen gleichsam in der Ecke sitzend, zitternd an diesen Verhandlungen teilnehmen, sondern wir konnten relativ

offensiv verhandeln, weil wir mit den Luxemburger Beschlüssen unsere Agrarwirtschaft auf diese Veränderungen im internationalen Welthandel vorbereitet haben. Diese Vorbereitung besteht einmal darin, dass wir Subventionen, die früher handelsverzerrend waren, seien sie stark handelsverzerrend oder nur handelsverzerrend, entsprechend umgestaltet haben, Fachjargon: Blue Box und Green Box überführt haben, von der Amber Box will ich gar nicht reden. Zum anderen bestand es darin, dass wir etwa bei dem Thema der Exportsubventionen auch klare Signale gesetzt haben, dass wir keine Landwirtschaft wollen, deren Zukunft basiert auf der staatlichen Beseitigung von Überschüssen in Gestalt von Exportsubventionen.

Mit diesen Prämissen im Gepäck konnten wir in Genf offensiv verhandeln, und ich glaube auch, keine schlechten Verhandlungsergebnisse bringen. Vor allem aber war die Landwirtschaft darauf vorbereitet, das heißt, der Aufruhr innerhalb der Landwirtschaft über die Beschlüsse, die da in Genf gefasst wurden, hält sich aus guten Gründen sehr in Grenzen. Aber ich glaube, dass wir diese offensive Position in den nächsten Handelsrunden ausbauen müssen, damit wir beispielsweise die in der US-Farmbill ja in den Vereinigten Staaten eingeschlagene Richtung der sehr starken produktionsanheizenden Subventionierung mit entsprechendem Druck auch unter Feuer nehmen können.

Es ist aber noch etwas anderes deutlich geworden, und das ist etwas, das mir in allen Gesprächen, die ich führe, beispielsweise mit Vertretern der Mercosur-Staaten, seien es die Brasilianer oder die Argentinier oder die natürlich sehr an unserem Hühnermarkt interessierten Thailänder, immer wieder begegnet. Es wird über die Produktionsstandards geredet und die Qualitätsansprüche, die wir haben, und es wird der Versuch gemacht in all diesen Runden, diese Qualitätsansprüche nach unten zu schrauben. Das ist ja eine der großen Befürchtungen, dass sich die Märkte öffnen und beim Thema Lebensmittelsicherheit, Produktqualität entsprechend die Verbraucherinnen und Verbraucher dafür die Zeche zu zahlen haben.

Nun glaube ich, meine Damen und Herren, dass mit der Osterweiterung dem ein klarer Riegel vorgeschoben wurde, und zwar indem man das, was wir schon bei der deutschen Einheit als gute Praxis eingeführt haben, auch auf die Beitrittsländer übertragen hat. Wenn etwa in Polen Landwirte nicht für den europäischen Binnenmarkt produzieren können, weil die Produktionsstandards in der Landwirtschaft oder in der weiterverarbeitenden Industrie nicht dem EU-Niveau entsprechen, dann wird die polnische Regierung und viele andere Regierungen der Beitrittsländer zu recht darauf pochen, dass solche Regeln auch für die Staaten gelten, die nicht Mitglied der EU sind, denn es ist ja nicht einsichtig, dass ein am Verhandlungstisch sitzender EU-Staat im eigenen Lande erklären muss: Wir haben diese hohen Standards einzuhalten, wir brauchen tiefgreifende Veränderungen in unserer Ernährungswirtschaft, während etwaige dritte Partner in globalen Märkten 'mal eben so nonchalant unsere Standards umgehen können. Dieses Argument leuchtet eigentlich allen meinen Gesprächspartnern aus Drittländern ein, die den europäischen Markt im Blick haben, so dass ich glaube, hier wird sich in Zukunft einiges sehr positiv entwickeln.

Wenn man die Herausforderungen bei dem Thema „Was soll eigentlich künftig produziert werden?“ genauer betrachtet, dann empfehle ich heute ein Hamburger Nachrichtenmagazin. Das enthält zwei ganz große Geschichten, die beide etwas mit Landwirtschaft zu tun haben. Die eine Geschichte wird uns gleich noch intensiv im nachfolgenden Vortrag beschäftigen, das ist die Frage: „Werden die Landwirte die Ölscheichs von morgen?“ Ist das Thema „nachwachsende Rohstoffe“ ein Thema, mit dem Landwirte künftig tatsächlich eine Chance haben, auch Geld zu verdienen oder ist dem nicht so? Ich glaube, dass der anhaltend hohe Ölpreis eindeutig dazu führen wird, dass das Thema „nachwachsende Rohstoffe“, und zwar sowohl im Bereich der stofflichen Verwertung der nachwachsenden Rohstoffe, als auch im Bereich der energetischen, für die Landwirte eine große Zukunft hat. Es gibt viel Streit zwischen dem Verbraucherministerium einerseits und dem Bauernverband andererseits. Es gibt aber einen Punkt, wo sich beide Beteiligten einig sind, und der liegt genau auf dem Feld der nachwach-



senden Rohstoffe. Ich bin davon überzeugt, und die Bundesregierung wird erste Schritte in dieser Legislaturperiode in diese Richtung unternehmen, dass ein größerer Teil unseres Treibstoffbedarfs in den nächsten Jahren vom Acker kommen wird, vor allem durch Beimischung, künftig vielleicht auch durch neue Kraftstoffe, wie sie zurzeit ja auch intensiv in der Diskussion sind. Damit sind neue Designerkraftstoffe gemeint, die den schönen Namen „Sunfuels“ tragen. Ich glaube aber, dass diese Produktion von nachwachsenden Rohstoffen auf dem Acker nur dann erfolgreich sein wird, wenn sie nachhaltig erfolgt. Das heißt, die Produktions- und Qualitätsstandards für die Produktion nachwachsender Rohstoffe dürfen nicht unter denen der Produktion von Nahrungsmitteln liegen. Das heißt, wir brauchen neue Fruchtfolgen, wenn wir in der Energiebilanz vernünftig sein wollen. Wir brauchen eine Produktion nachwachsender Rohstoffe, die nicht in dem Maße von Kunstdünger und Pestiziden abhängt, wie das teilweise heute der Fall ist, und wir brauchen im Sinne der Biodiversität mehr als nur eine Pflanze. Zur Zeit haben wir Raps, und Rapsölmethylester ist das Hauptthema. Stattdessen brauchen wir eine Vielfalt von Pflanzen, einen optimalen Mix, um gerüstet zu sein für die Auseinandersetzung mit dem mineralischen Kraftstoff. Wenn es uns gelingt, diesen Mix zu organisieren, diese Vielfalt zu organisieren, neue Fruchtfolgen auf den Weg zu bringen, bin ich davon überzeugt, dass erneuerbare Energien einen zusätzlichen Markt der Zukunft für die Landwirtschaft bedeuten, und dass dieser Markt schon in Kürze eine weit größere Rolle spielt, als man das noch vor ein paar Jahren vermutet hat. Und diejenigen, die sagen: „Erdgas ist die Alternative“, müssen natürlich auch eine Reihe von Fragen beantworten, etwa die Leitungsverluste im Erdgasbereich oder auch die logistischen Fragen. Die meisten Leute wollen halt gerne eine Flüssigkeit in ihren Tank füllen und kein Gas. Insofern besteht ein großer Standortvorteil für die Biomasse. Die Biomasse wird im Bereich des Erneuerbare-Energien-Gesetzes erheblich sowohl zur Wärme- als auch zur Stromproduktion beitragen. Ich bin sehr froh, dass es nach einigen Geburtswehen gelungen ist, innerhalb der Bundesregierung eine einheitliche Position zum Potenzial der Biomasse herbeizuführen, und was mich noch glücklicher stimmt: die einheitliche Position bringt die Biomasse tatsächlich voran. Das war in der Vergangenheit nicht immer so, aber gerade in der Kombination aus der Stromproduktion, der Treibstoffproduktion und der direkten energetischen Verwertung sehe ich einige Chancen auf die Landwirtschaft zukommen.

Und dann lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, zu einem Betriebsmittel zu kommen, nämlich zu dem Diesel, der ja in der Landwirtschaft in der Größenordnung von zwei Millionen Liter jährlich verfahren wird. Wir haben zurzeit eine steuerliche Subventionierung von 21,4 Eurocent pro Liter für den mineralischen Sprit. Das führt in der Landwirtschaft dazu, dass man Biokraftstoffe automatisch nicht einsetzt, weil die natürlich teurer sind und damit sozusagen im Wettbewerb gegen den verbilligten Agrardiesel keine Chance haben. Wenn ich mir aber vor Augen führe, wie sich in den letzten Monaten der Energiepreis verändert hat, dann muss man doch für die Landwirtschaft eine Frage stellen, die übrigens überall in Europa gestellt wird, auch dort, wo man noch viel weitere und viel größere Verbilligung des Agrardiesels hat, wo man zum Teil nur den Steuersatz für Heizöl entrichten muss, etwa in Frankreich. Überall wird die gleiche Diskussion geführt, überall leiden die Betriebe unter dem steigenden mineralischen Spritpreis. Gleichzeitig wird ein Großteil des Biodiesels heute etwa von großen Logistikunternehmen, die Unternehmen wie McDonalds und andere beliefern, verfahren, und gleichzeitig ist es so, dass die Landwirte nicht in dem Maße an dem hohen Ölpreis partizipieren wie das möglich wäre, denn die Produktionskosten für Rapsölmethylester sind einigermaßen konstant. Der Preis entwickelt sich aber parallel nach oben, natürlich ein bisschen unterhalb des Niveaus des Dieselpreises an der Tankstelle. Ich glaube, dass wir mit dem Umdenken beim Agrardiesel und mit dem Kürzen dieser Subvention nicht nur im guten Sinne Subventionsabbau betreiben, sondern gleichzeitig auch einen Nachdenkprozess innerhalb der Landwirtschaft deutlich beschleunigen werden, sich künftig vom Erdölpreis unabhängig zu machen, und auf Dauer scheint mir das ökonomisch sinnvoller zu sein, als immer höhere Mi-

neralölpreise mit einem konstanten Subventionssatz, der relativ natürlich abnimmt, zu subventionieren. Das ist eine Diskussion, wo wir uns schon nicht mehr so einig mit dem Bauernverband sind, die wir in den nächsten Monaten aber intensiv auch mit den Vertreterinnen und Vertretern des Berufsstandes führen werden.

Ich will sagen, dass wir global nur eine Chance haben mit diesen Biokraftstoffen, und das noch mal unterstreichen: wenn es uns gelingt, ein Minimum an Qualitätsstandards aufrecht zu erhalten. Man wird die Akzeptanz für solche Kraftstoffe sicherlich nicht haben, wenn auf der einen Seite neue Kraftstoffe auf Biobasis eingeführt werden, auf der anderen Seite es aber zu großflächigen Waldabholungen, Rodungen an der Peripherie der Regenwälder kommt, oder aber zu einer großflächigen Verdrängung von Kleinlandwirtschaft in diesen Gebieten, wenn also nicht mehr nur Futter produziert wird für die Kühe innerhalb der Europäischen Union, die häufig von einem höheren täglichen Subventionssatz leben als der Durchschnitt der afrikanischen Bevölkerung verdient, sondern wenn künftig auch noch unsere, von noch mehr Geld lebenden Autos, subventioniert werden.

Uns, und das wäre gleichsam die Brücke, ist es völlig klar, dass gerade diese Konkurrenz zwischen Nahrungsmittelproduktion einerseits und der Produktion von Biomasse andererseits sehr genau betrachtet werden muss. Ich sehe, zumindest wenn man um die ersten 20 % des Weltmarktes mit dem mineralischen Sprit konkurriert, hier keine prinzipiellen Probleme, aber lokal muss man eben aufpassen, dass man im globalen Maßstab nicht eine Landwirtschaft subventioniert, die unter dem Strich dann zwar tolle Biokraftstoffe herstellt, aber kleinteiligste Strukturen in anderen Teilen der Welt zerstört. Soweit ich das sehe, und das haben auch die Renewables 2004 gezeigt, halte ich es durchaus für möglich, dass uns das gelingen wird, diese Nachhaltigkeit als Grundlage der Strategie weltweit zu etablieren, aber das passiert nicht von selbst, daran müssen und werden wir arbeiten.

Wenn Sie an der MATIF in Paris die Notierung für Rapsöl, der Grundlage von Rapsölmethylester, genauer betrachten, dann sind die Preise gar nicht so schlecht. Dafür gibt es genau zwei Gründe. Der eine Grund ist die Konkurrenz zwischen Energieproduktion auf der einen Seite und der Nahrungsmittelproduktion auf der anderen Seite. Ich glaube, dass wir ähnliche Konkurrenzen bei den Zuckerrüben künftig erzeugen werden. Ich bin davon überzeugt, dass es uns alsbald gelingt, ähnliche Konkurrenzen in der Getreideproduktion zu erzeugen, die sich marktstabilisierend auswirken werden. Aber es gibt noch einen zweiten Grund, warum der Rapspreis hoch ist, und zu dem möchte ich einige Bemerkungen machen. Und das ist die Tatsache, dass große Teile der Lebensmittelindustrie eine Entscheidung gefällt haben, ihrerseits gentechnikfreie Produkte am Markt anzubieten. Damit folgen sie dem Votum der Mehrzahl der 450 Millionen Verbraucherinnen und Verbraucher der erweiterten Europäischen Union. Dieses Rapsöl ist im Vergleich zu Alternativen, etwa im Sojabereich, in der Europäischen Union GMO-frei produziert. Dies ist nur einer von vielen GMO-freien Märkten innerhalb der EU, und die Bundesregierung hat sich die Aufgabe gestellt, die neue Entwicklung der Gentechnik mit einem politischen Rahmen zu versehen. Auch das spielt in dieser Tagung eine größere Rolle, nur wenn immer darüber diskutiert wird, dass sozusagen Wirtschaftsfeindlichkeit in ganz bestimmten politischen Entscheidungen abgebildet werden muss, dann möchte ich doch hier zumindest verteidigend anmerken, dass es ja nicht so ganz falsch sein kann, dass man die Marktchancen derer, die gentechnikfrei produzieren wollen, bei der Regulierung etwa der Gentechnik, dieser neuen Technologie nicht völlig außer Acht lassen darf.

Wir tun das, indem wir sagen, es gibt klare Regeln für das Nebeneinander von Gentechnik auf der einen Seite und gentechnikfreier Produktion, und wir tun das in der Überzeugung, dass die Mehrzahl der Landwirte und die übergroße Mehrzahl der Verbraucherinnen und Verbraucher eine Entscheidung gegen die Gentechnik gefällt hat. Wir sagen, diejenigen, die Gentechnik anbauen wollen, müssen für etwaige Schäden bei denen, die sich für eine gentechnikfreie Produktion entscheiden, auch haften. Das ist das Grundprinzip, das wir setzen, und dieses Grundprinzip schränkt natürlich die Möglichkeiten ein. Nehmen wir das Beispiel Raps: sie können dann halt nicht mal eben so irgendwo Raps anbauen. Bei der Auskreuzungseigenschaft, die Raps nun mal hat, wird man dann eben entsprechende Probleme haben. Ich halte das aber für richtig, diese Grenzen zu setzen, und ich bin sehr optimistisch, dass es uns auch gelingt, hierfür eine Mehrheit im Bundestag dauerhaft zu sichern und im Bundesrat zu verhindern, dass eine Zweidrittelmehrheit von Ländern eine solche Entscheidung blockiert, weil das für uns natürlich Schwierigkeiten machen würde. Ich glaube, es wird uns deshalb gelingen, weil unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten eine Entscheidung, die den Landwirten ermöglicht, auf Dauer die Nachfrage des Lebensmitteleinzelhandels zu befriedigen, die für 85 % des gesamten Ernährungsmarktes stehen, die einfach gesagt haben, wir wollen diese Gentechnik zumindest bei unseren Eigenmarken nicht haben und stehen ihr auch sonst skeptisch gegenüber, dass eine Entscheidung, Mengensicherheit und Marktsicherheit in diesem Bereich zu erhalten, keineswegs innovationsfeindlich ist, sondern im Gegenteil eine wichtige, zur wirtschaftlichen Stabilität beitragende Entscheidung ist.

Zweitens wird argumentiert, die Forschungsfreiheit würde eingeschränkt. Auch das teile ich überhaupt nicht. Wir haben eine hochkontroverse Diskussion in Deutschland. Ich bin davon überzeugt, wir werden in Deutschland sehr viel sachlicher über das Thema Gentechnik diskutieren, wenn wir endlich ein Gentechnikgesetz haben, das klare Auskunftspflichten, klare Haftungspflichten regelt, und das auch für die Forscherinnen und Forscher eine Planungssicherheit darstellt. Wenn von Teilen der Wirtschaft argumentiert wird, diese Planungssicherheit sei nicht gegeben, erlaube ich mir hier doch die Bemerkung, dass der Wildwuchs, den wir in der Vergangenheit haben, so nicht weitergehen kann, weil es einschlägige EU-Normen gibt, EU-Richtlinien gibt, die wir umzusetzen haben, und ich erlaube mir die Bemerkung, dass es nicht im Interesse der Wirtschaft sein kann, ohne diese Regeln weiter zu wurschteln, weil das, was wir im Haftungsrecht geregelt haben, eigentlich nichts anderes ist als die Übersetzung der Prinzipien des Bürgerlichen Gesetzbuches. Das heißt, wenn der Zustand so ungeregelt weitergehen würde, ist es durchaus möglich, dass genau die forschenden Unternehmen, die hier versuchen zu blockieren, künftig die haftungsrechtlichen Auseinandersetzungen vor Augen haben, die sie glauben zu verhindern. Vor dem Hintergrund bin ich dafür, man sollte der Gentechnik einen klaren rechtlichen Rahmen geben, und ich möchte daran erinnern, dass wir Anfang des Jahres die Entscheidung getroffen haben, Gentechnik in den Mittelpunkt zu rücken, zu einem Zeitpunkt als die Öffentlichkeit gesagt hat, was macht eigentlich die Künast jetzt da, sie öffnet der Gentechnik Tür und Tor. In gewisser Weise tut das die Europäische Union, weil sie nicht die Entscheidung trifft, die Gentechnik zu verbieten. Das kann sie nach den einschlägigen WTO-Regeln auch nicht, sondern sie gibt dieser Technologie einen Rahmen. Und jede Technologie wird nur dann erfolgreich sein, wenn zwei Prinzipien erfüllt sind. Erstens: es gibt einen klaren Rahmen, und zweitens: es gibt für die Erfindungen, die aus dieser Technologie hervorgehen, auch tatsächlich eine Nachfrage. Gerade bei Letzterem, glaube ich, kann man erkennen, spätestens wenn man die Kennzeichnung einführt, ist das mit der Nachfrage so eine Sache, und vor diesem Hintergrund bin ich davon überzeugt, dass unsere Politik eine mit Augenmaß ist und eine, die sich auch in Sachen Gentechnik durchsetzen wird. Ich bin dazu gekommen, als ich über Raps geredet habe, und deswegen Raps, die Dritte. Die Deutschen lieben ihre Automobile sehr. Deswegen füllen wir auch Rapsöl in den Tank. Das ist ja bekanntermaßen ernährungsphysiologisch eines der Fette, das künftig stärker in der Küche eine Rolle spielen sollte, aber da wir ja das Land mit dem billigsten Essen und den teuers-

ten Einbauküchen sind, spielen die Nahrungsmittel in der Küche nicht so eine große Rolle. Ich bin daher sehr froh, dass wir bei Treibstoff und bei Schmierstoffen diesen Vorzügen des Rapsöls durchaus mehr Wertschätzung entgegen bringen, als wir das bei den Nahrungsmittelpreisen tun. Nur dieses Hamburger Nachrichtenmagazin titelt: Gelernte Gesundheit. Und damit bin ich bei einem Schnittmengenthema, das aus der Not heraus für viele, die im Agrarbereich forschen, ohnehin stärker zum Schnittmengenthema wird, und ich glaube, man sollte aus der Not eine Tugend machen.

Wenn ich so durchs Land ziehe als Bundespolitiker, kann ich ja zu den Kürzungen der Länder im Agrarforschungsbereich zwar etwas sagen, aber das hat weitgehend keine Bedeutung, dann findet sich immer häufiger das Zusammenschließen von Ernährungswirtschaft auf der einen Seite und Agrarwirtschaft mit all den Verästelungen auf der anderen Seite. Das ist häufig eine Notentscheidung gewesen, und ich meine, man sollte daraus eine Tugend machen. Warum eine Tugend? Wenn man sieht, was vor uns liegt im Bereich der Ernährungssituation der Menschen, glaube ich, wird die Debatte um Ernährung, um Ernährungspolitik enorm an Fahrt gewinnen. Ich behaupte sogar, dass wir in Deutschland erstmals seit der Beseitigung von Ernährungskrisen, seit der Beseitigung des Hungerproblems wieder ernsthaft über Ernährungspolitik diskutieren werden, und Renate Künast wird hierzu in dieser Woche sicherlich einen Beitrag leisten, es haben sich über 1000 Menschen angemeldet für einen Kongress, der sich mit der Frage Ernährung und Bewegung beschäftigt, wo man versucht, die Interessen der Wirtschaft, von Sport, von Krankenkassen, von vielen Beteiligten rund um dieses Thema Ernährung und Bewegung in moderner Weise zusammenzubringen.

Wir haben ein Riesenproblem mit der Ernährungssituation in der Bevölkerung, und es gibt zwei Gründe, bei den Kindern anzufangen, dieses Problem intensiver zu diskutieren. Der eine ist: bei den Kindern haben wir eine Chance auf Prävention. Das heißt, wenn es uns gelingt, neue Ernährungsgewohnheiten, neue Ernährungsmuster bei Kindern unterzubringen, dann führt das automatisch dazu, dass bestimmte Folgeprobleme gesundheitlicher Art künftig nicht mehr auftauchen werden. Der zweite Punkt ist: Kinder sind besonders schutzbedürftig. Man kann bei den allermeisten Erwachsenen sagen, dass sie ein hohes Maß an Eigenverantwortung haben, wie sie sich ernähren, das wird man von Kindern im Kindergartenalter nie in gleichem Maße verlangen können, und es bedarf der Anstrengungen vieler, im Bereich Ernährung Veränderungen vorzunehmen. Nun will ich die Älteren unter uns, einschließlich meiner Person, trotzdem nicht abschreiben und aus der Verantwortung entlassen, sondern natürlich haben wir, sei es als Eltern, sei es als Konsumenten auch eine Verantwortung bei den Ernährungsthemen.

Was können nun Agrar- und Ernährungswirtschaft dazu beitragen? Es gibt nicht sehr viele klare Erkenntnisse. In den reichen Industrieländern nehmen wir im Schnitt mehr Energie zu uns, als wir verbrauchen. Das ist eine ziemlich banale Erkenntnis. Der Außenminister, bekannt durch den Jojo-Joschka-Effekt, hat ja eine Zeit lang mehr Energie verbraucht, als er aufgenommen hat, und er ist erheblich dünner geworden, und zur Zeit ist er in einer anderen Phase, er verbraucht weniger Energie, als er zu sich nimmt. Das ist ja ein Effekt, den viele an sich selber beobachten. Er hängt zum einen mit der Frage, wie sehr man sich bewegt zusammen. Das ist trivial und gleichzeitig schwer, er hängt aber auch mit dem Ernährungsmix zusammen. Und damit komme ich wieder zu der Bäckerbutter und zu den Subventionen, die wir so in der Agrarpolitik in der Vergangenheit gezahlt haben.

Weltweit, und die Weltgesundheitsorganisation hat hierzu ja im Mai diesen Jahres eine klare Festlegung getroffen, ist man sich darüber einig, dass wir alle gut beraten wären, in den Industrieländern, in den Ländern, wo die Bewegungskultur auf dem Rückmarsch ist, wo man tendenziell weniger verbraucht, wo man weniger körperlich arbeitet, mehr Obst und Gemüse zu sich zu nehmen. Das ist etwas, was weltweit als einer der Lehrsätze gilt. Obst und Gemüse ist ein hochinteressantes Qualitätsprodukt. Es stellt sich die Frage: Wenn es uns denn gelingt,

diesen Paradigmenwechsel im Ernährungsverhalten in der Gesellschaft „rüberzubringen“, wie wirkt sich das eigentlich auf die Agrarstruktur aus? Ich bin davon überzeugt, positiv. Die Wertschöpfung von Obst und Gemüse, wenn man es in der geeigneten Form unter die Leute bringt, ist sowohl bei der Landwirtschaft höher, als etwa die Tetrapacks der haltbaren Milch, als auch im Lebensmitteleinzelhandel. Das klitzekleine Problem liegt dazwischen, das ist die Lebensmittelwirtschaft, die ihrerseits der Meinung ist, dass man immer noch die besten Geschäfte damit macht, indem man Fett und Zucker in einer optimalen Mischung mit Marketing unter die Leute bringt, zum Beispiel den Frutti-Riegel, der 75 % Kohlehydrate enthält, aber genialerweise mit „Esst mehr Obst“ beworben wird. Ich glaube, dass man hier eine Chance hat, diese ernährungspolitische Diskussion mit einer Diskussion um die Zukunft der Landwirtschaft zu verknüpfen, dass das eine der Reformdiskussionen von morgen sein wird. Wie muss sich eigentlich die Landwirtschaft von der Angebotsseite her verändern? Wie muss sie die Chancen, die sie hat, etwa bei der Förderung des ländlichen Raumes, in der Investition, was Kartoffelschälen, frische Produkte und ähnliches mehr angeht, so nutzen, dass sie Marktanteile zurückgewinnt, die die Landwirtschaft auch in der Wertschöpfungskette in den letzten vier Jahrzehnten verloren hat, ja gleichsam systematisch verloren hat? Eine der Zukunftsfragen, mit denen wir uns auseinandersetzen, und die wird umso leichter lösbar sein, wenn Agrar- und Ernährungswissenschaften stärker, als das in der Vergangenheit zumindest mitunter der Fall war, zusammenarbeiten.

Dies ist einer der Punkte, die ebenfalls sehr stark mit Qualität und Umweltfragen zu tun haben, weil er natürlich die Art der Landwirtschaft sehr stark verändern wird. Und es ist einer der Punkte, von denen ich glaube, dass er deshalb wichtig wird, weil wenn die nächste Grundsatzdebatte um die Reform des Gesundheitswesens über unser Land gegangen ist, wenn klar wird, dass es uns wieder nicht gelungen ist, obwohl wir Einschnitte gemacht haben (Praxisgebühr und ähnliches mehr), das strukturelle Finanzproblem unseres Gesundheitswesens in den Griff zu kriegen, dann wird man darüber nachdenken, dass Prävention vielleicht eine der innovativen Lösungen sein könnte, Gesundheitskosten in den Griff zu bekommen. Es macht weit mehr Sinn, über Prävention volkswirtschaftlich nachzudenken, als etwa über das Thema, über das man im Moment nachdenkt, und zwar wie man die Kosten zwischen den einzelnen Kostenverursachern in anderer Weise verteilen kann. Dieses Thema ist ein gefundenes Frühsstück für die in Berlin zahlreich vertretenen Lobbyisten des Gesundheitsmarktes.

Der jüngste an Altersdiabetes erkrankte Deutsche ist fünf Jahre alt. Altersdiabetes, Diabetes vom Typ II ist eine der ernährungsmithbedingten Krankheiten in der Altersgruppe der 10- bis 14jährigen, und ich habe die These, dass die Ernährungswirtschaft, insbesondere die Landwirtschaft und die Produkte, die die Landwirtschaft hervorbringen könnte, erheblich dazu beitragen können, dass wir hier voran kommen. Ich will nicht verhehlen, dass wir uns gleichzeitig mit dem Thema „Fernsehen“ beschäftigen müssen. Es gibt eine interessante Korrelation bei Schuleingangsuntersuchungen, nämlich dass die Kinder, die dicker sind, im Durchschnitt wesentlich häufiger einen Fernseher in ihrem Kinderzimmer haben, insofern spielt das Fernsehen eine große Rolle, und gleichsam kann man genauso, wie man die Produkte verändert, auch beim Fernsehkonsum der Menschen anfangen, aber das würde nun heute hier das Thema, zu dem ich vortrage, doch deutlich überdehnen, wenn ich da weitermache. Deswegen an der Stelle ein Punkt und ein Schnitt zu einem amerikanischen Fremdwort.

Das amerikanische Fremdwort heißt „Corporate Social Responsibility“. Es gehört sicherlich zu Corporate Social Responsibility, dass sich die Ernährungswirtschaft inklusive der Landwirtschaft darüber Gedanken macht, was sie dazu beitragen kann, etwa im Gesundheitsbereich, stärker präventiv zu wirken mit den Produkten, die angeboten werden. Es gehört zweifellos auch zur Corporate Social Responsibility, dass man sich über Nachhaltigkeit von Produktionsabläufen stärker Gedanken macht. Hier geht es insbesondere um das Thema, den Prozess vom Acker bis auf den Teller stärker zu kontrollieren, und es sind nicht die kleinen Unternehmen, die hier entsprechende Fortschritte gemacht haben. Wenn Sie sehen, was Iglu

oder Unilever an Veränderungen vorgenommen haben und viele andere, dann wird doch deutlich, dass die Unternehmen der Ernährungswirtschaft Corporate Social Responsibility viel stärker ernst nehmen, als das in der Vergangenheit der Fall war und die Produktionsprozesse in Richtung Nachhaltigkeit verändern wollen. Das kann dann bis hin zum ökologischen Landbau gehen, das kann aber auch davor schon aufhören bei entsprechenden Produktionsverfahren auf höherem Standard als heute, wenn auch noch nicht auf dem Produktionsniveau des ökologischen Landbaus. Ich meine, meine Damen und Herren, dass auch dieser Trend positiv aufgegriffen werden sollte, und dass man diesem Trend nicht etwa abwartend entgegengetreten sollte, weil sich darin langfristig eine Verbesserung der Wettbewerbsposition für die Landwirte verankern lässt. In dem Maße, in dem wir von Seiten der Ernährungswirtschaft, von Seiten der Urproduktion das anbieten, was dort nachgefragt wird, haben wir auch eine Chance, Märkte zu verteidigen und vielleicht auch den einen oder anderen Markt wieder neu hinzuzugewinnen, der in der Vergangenheit verloren gegangen ist.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.